

## **Bericht über die Sitzung des Prüfungsausschusses vom 1.12.2022**

In der Sitzung vom 1.12.2022 wurde der Voranschlag für das Jahr 2023 geprüft. Der Entwurf des Voranschlages 2023 lag zwei Wochen in der Zeit vom 19.11.2022 bis 3.12.2022 im Gemeindeamt zur öffentlichen Einsicht auf. Somit wurden die gesetzlichen Termine und Fristen gemäß § 73 NÖ Gemeindeordnung eingehalten. Es wurde jeder Fraktion im Gemeinderat ein Exemplar in ausgedruckter Form zur Verfügung gestellt. Des Weiteren war der Voranschlag im digitalen Sitzungsportal für jedes Mitglied des Gemeinderates abrufbar.

Im Voranschlag 2023 wird mit einer Steigerung der Abgabenertragsanteile auf 8.339.000 € gerechnet. Das entspricht einer Erhöhung der Einnahmen aus dieser Position um ungefähr einer Million Euro im Vergleich zum Rechnungsabschluss 2021 und dem Nachtragsvoranschlag 2022. Diese Entwicklung zeigt, dass einnahmeseitig keine Probleme bestehen und die inflationsbedingten Mehreinnahmen aus Steuern und Abgaben sich auch im Budget der Gemeinde bemerkbar machen. Aufgrund dieser Tatsache darf gleich vorab auf einen sorgsamem Umgang mit Steuergeld aufmerksam gemacht werden. Insgesamt sollen sich die Erträge für 2023 auf 21.931.500 € belaufen. Demgegenüber stehen voraussichtliche Gesamtausgaben iHv. 21.685.300 € (zum Vergleich 21.252.464 € im RA 2021), was einen Planüberschuss im Ergebnishaushalt von 246.200 € ergibt.

Die gestiegenen Ausgaben sind einerseits auf höhere Personalkosten zurückzuführen und andererseits auf die gestiegenen Energiepreise sowie die stärkere Zinsbelastung zurückzuführen.

Die höheren Personalkosten (plus 10% zum Voranschlag 2022; plus 14,5% zum Rechnungsabschluss 2021) ergeben sich jedoch nicht nur ausschließlich durch die verhandelte Erhöhung der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst. Gemäß Dienstpostenplan sollen nächstes Jahr 140 Personen von der Gemeinde beschäftigt werden. Im Vergleich dazu waren im Rechnungsabschluss 2021 noch 118 Personen ausgewiesen und im Voranschlag 2022 wurde mit 133 Personen geplant. Dieser starke Anstieg schlägt sich in den Personalkosten nieder.

Die Energiepreise stellen den überwiegenden Teil des Posten Verwaltungs- und Betriebsaufwand dar und werden mit 715.300 € veranschlagt. Das entspricht einer Mehrbelastung von ca. 43 % zum Rechnungsabschluss 2021. Die geplante Höhe ist ein großer Unsicherheitsfaktor und eventuell zu gering geplant. Berechnungen der

Österreichischen Energieagentur haben zuletzt eine Steigerung der Energiepreise von 54,5% (Energiepreisindex) im Jahresvergleich zwischen September 2021 und September 2022 ergeben.<sup>1</sup> Auf Basis dessen sollte hier laufend überprüft werden, wie sich diese Position entwickelt und gegebenenfalls kostensparende Maßnahmen getroffen werden.

Die laufende Erhöhung der Basiszinssätze durch die EZB führt zu einer wachsenden Zinsbelastung. In diesem Zuge darf auf den geplanten Schuldenstand iHv. 16.611.100 € und dessen Entwicklung verwiesen werden. Mit Rechnungsabschluss 2021 lag dieser noch bei 7.508.646 €. Damit ist mit mehr als einer Verdopplung zu rechnen, wobei sich ein Großteil der neuen Schulden bereits im Jahr 2022 niederschlägt. Bei der detaillierten Überprüfung des Einzelnachweises über Finanzschulden und Schuldendienst sind ein paar Unklarheiten aufgetreten. So weist der Einzelnachweis die Aufnahme des Darlehens für das Gasthaus Seeschlacht iHv. 1.300.000 € nicht aus, welches am in der Gemeinderatssitzung am 21.11.2022 beschlossen wurde und im Nachtragsvoranschlag 2022 ausgewiesen ist. Dieses Darlehen muss noch vom Land Niederösterreich genehmigt werden. Hier darf darauf aufmerksam gemacht werden, dass der voraussichtliche Schuldenstand in Wirklichkeit höher ist als im Voranschlag 2023 dargestellt. Gleichzeitig sind die Positionen „Darlehensaufnahme-Grundstücksankauf“ iHv. 2.900.000 € und „Darlehensaufnahme Seniorenwohnheimanlage-ungeförderte Baukosten“ iHv. 500.000 € bereits berücksichtigt, obwohl es hierzu noch keine Gemeinderatsbeschlüsse über die Aufnahme dieser Darlehen gibt. Laut Auskunft von Frau Stritzl und Rücksprache mit dem Land Niederösterreich soll das alles seine Richtigkeit haben und sobald das Darlehen für die Sanierung des Gasthauses Seeschlacht genehmigt wird, muss ein entsprechender Nachtragsvoranschlag 2023 erstellt werden. Daraus folgt, dass im Falle der Genehmigung dieses Darlehens die Zinsbelastung höher ausfallen wird als die budgetierten 272.700 €. Die tatsächliche Höhe dieses Postens ist auch noch mit großer Unsicherheit behaftet, da die Berechnung auf dem derzeitigen Zinsniveau stattgefunden hat. Die laufenden Darlehen sind fast ausschließlich variabel verzinst. Es ist davon auszugehen, dass die EZB im Laufe der nächsten Monate weitere große Zinsschritte beschließen wird. Entsprechend ist spätestens im 2. Halbjahr 2023 mit steigenden Ausgaben für Zinsen zu rechnen.

---

<sup>1</sup> <https://www.energyagency.at/fakten/energiepreisindex>

Da es sich bei den Ausgaben für Zinsen und Energie um zahlungswirksame Kosten handelt, würde sich eine Erhöhung auch im Ergebnis des Finanzierungshaushaltes niederschlagen. Hier ergibt sich voraussichtlich ein negativer Geldfluss-Saldo aus der voranschlagswirksamen Gebarung iHv. - 5.674.200 €. Um sich ein genaueres Bild über die finanzielle Situation zu machen, muss auch das Haushaltspotenzial herangezogen werden. Dieses weist voraussichtlich einen positiven Saldo iHv. 896.000 €. Somit ist gemäß §72b NÖ Gemeindeordnung kein Haushaltskonsolidierungskonzept zu erstellen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die nächsten Jahre eine finanzielle Herausforderung für die Marktgemeinde Langenzersdorf werden. Aufgrund größerer Investitionsvorhaben ist der Schuldenstand deutlich angestiegen. Daher ist mit Nachdruck darauf hinzuweisen, dass ein sorgsamer Umgang mit Steuergeld geboten ist. Aus Fehlern der Vergangenheit muss gelernt werden, um teure Mehrbelastungen für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zu vermeiden. Zukünftige Projekte, Ausgaben und Förderungen sollten stets nachhaltig und zukunftsorientiert sein. Außerdem muss ein Nutzen für die Bevölkerung und unser aller gesellschaftliches Zusammenleben klar erkennbar sein.

Der Vorsitzende

Michael Artner